Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 67 (1973)

Heft: 10

Artikel: Die römisch-katholische Kirche in Peru (Teil II und Schluss) : lehramtliche Motivationen ; Pastorale Richtlinien

Autor: Kobe, Willi

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-142233

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

heitsvertretung, denn die wird, wenn's draufankommt, überstimmt. Die Frage der Mitbestimmung ist nicht nur eine politische Frage. Nehmen wir an: Dein Mann erhält die Kündigung. Er muß eine neue Stelle suchen und findet sie nicht im selben Dorf oder im selben Quartier; man muß umziehen. Der Mann ist vielleicht schon fünfzig. Am andern Ort wissen sie, daß der jetzt froh sein muß usw. Das kann zu einem schweren menschlichen Problem für diesen Mann und für seine ganze Familie werden. So etwas trifft ja nicht nur den Magen, das tägliche Brot, sondern den ganzen Menschen.

«Wer ein sichtbares Zeichen des Heiligen Geistes empfangen hat, hat es empfangen, um damit allen andern hilfreich zu sein», zum Nutzen der Gemeinde, der Gemeinschaft. Seht, es ist doch so, daß jeder die Anerkennung durch andere Menschen sucht und braucht, mindestens einiger weniger. Man kann nicht leben, wenn man von niemandem anerkannt wird, du nicht und ich nicht. Das gilt gerade auch auf dem Gebiet, wo Macht ausgeübt wird. Die Achtung vor dem andern bringt es mit sich, daß ich Verständnis aufbringen muß, wenn er in Entscheidungsfragen seiner Existenz mitreden will. Ob wir h i e r das Vorbild der Gemeinde Jesu Christi als Leib ernst nehmen, dürfte darüber entscheiden, ob wir den Menschen ernst nehmen, ob wir Nächstenliebe gelten lassen. Lieben heißt, den andern ernst nehmen. Nicht umsonst hat Jesus so viele Menschen als erstes schlicht anerkannt und akzeptiert.

In unserem Text ist die Rede gewesen vom Leib und seinen Gliedern. «Wenn ein Glied Schmerz empfindet, leiden sie alle, wenn ein Organ etwas Schönes empfängt, freut der ganze Leib sich mit. Ihr aber seid der geistliche Leib des Christus, und jeder ist in seinem Teil ein Glied oder Organ.» Das Leben ist so eingerichtet, daß dein eigenes Dasein nur gelingt, wenn du auch den andern förderst. Wohl das deutlichste Beispiel ist die Ehe. Die Ehe wächst nur, wenn beide wachsen, wenn jedes dem andern Raum gibt zum Menschsein, zum Wachsen im Menschlichen, und zwar in seiner eigenen Art.

Damit wächst die Gemeinschaft, von der auch ich profitiere. Christus schenkt uns seine Liebe, damit wir liebes- und gemeinschaftsfähig werden. Das Glück des andern ist wesentlicher Bestandteil deines eigenen Glücks. Die Liebe ist des Daseins Erfüllung. H. Sonderegger

Die römisch-katholische Kirche in Peru

(II. Teil und Schluß)

Lehramtliche Motivationen

Der Blick auf unsere Wirklichkeit aus einer christlichen Perspektive zwingt uns, zur Schaffung einer **neuen Menschheit** beizutragen. Alle

sozialen Reformen, die wir fordern, sind letztlich ausgerichtet, **«die Erhöhung der Seinsweise der Menschen» zu fördern.**

Dieser Prozeß der Humanisierung erfordert vom Volke Gottes, **die «Befreiung der Unterdrückten»** zu verkünden. Die Befreiung des peruanischen Menschen bedeutet: **den Übergang für einen jeden und für alle von weniger menschlichen Lebensbedingungen zu menschlicheren zu vollziehen,** daß alle Peruaner die Schöpfer und Vollzieher ihres eigenen Schicksals werden. Unsere Befreiung erfordert eine **«neue Ordnung», in der die Menschen nicht mehr nur Objekte sind, sondern Handelnde ihrer eigenen Geschichte, ein Prozeß der Personalisierung und Sozialisierung,** der in sich folgendes beinhaltet:

sich darüber bewußt werden, daß die gegenwärtigen Strukturen ungerecht sind;

die Befähigung der Menschen, gegen solche Strukturen zu reagieren;

die Schaffung neuer sozialer Strukturen, gemäß ihren eigenen Vorstellungen voranzutreiben.

Damit sich jedesmal deutlicher in Lateinamerika das Gesicht einer authentischen, armen, missionierenden und österlichen Kirche repräsentiert, getrennt von jeglicher weltlichen Gewalt und engagiert in der Befreiung des gesamten Menschen und der Gesamtheit der Menschen, müssen wir als Christen unsere Berufung zum Dienst an der Welt vertiefen.

In brüderlicher Haltung haben wir, alle Christen, den Auftrag, einem jeden zu einem vollkommenen Bewußtsein seiner Würde zu verhelfen, seine eigene Persönlichkeit innerhalb der Gemeinschaft, deren Mitglied er ist, zu entwickeln, bewußtes Subjekt seiner Rechte und Pflichten zu sein, bereitwillig, ein wertvolles Element im wirtschaftlichen, öffentlichen und moralischen Fortschritt zu sein, in der Gesellschaft, der er angehört.

Vor allem erkennen wir an, daß die Christen mangels voller Treue zum Evangelium durch unsere Worte, durch unsere Haltungen und durch unsere Dummheiten zum gegenwärtigen Zustand der Ungerechtigkeit und Untätigkeit beigetragen haben.

Als Bürger dieses Landes haben wir auch Anteil an der Verantwortung für die Ausbeutung der ungeheuren Mehrheit unserer Brüder. Uns, als Hirten der Kirche, obliegt es, alle Verhältnisse anzuprangern, die den Frieden gefährden, und außerdem das Bewußtsein der Menschen zu erziehen, zu inspirieren und zu ermuntern und uns an allen Initiativen zu beteiligen, die zu einer humanen Entwicklung beitragen.

Weil es unsere Pflicht ist, «nach dem Mandat der Evangelisten, die Rechte der Armen und Unterdrückten zu verteidigen, indem wir unsere Regierungen und die herrschenden Klassen dazu aufrufen, alles abzuschaffen, was den sozialen Frieden zerstört: Ungerechtigkeiten,

Trägheit, Korruption, Stumpfheit», deshalb **klagen wir die ungerechte Situation der Eingeborenen und Landarbeiter an und die untermenschlichen Arbeitsbedingungen,** denen sie unterliegen. Sie bilden die Hälfte des peruanischen Volkes, und trotz einer Gesetzgebung, die ihnen theoretisch Rechnung trägt, leben sie unter Bedingungen der Unterentwicklung, am Rande des wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, politischen Lebens der Nation.

Unseren Brüdern, den Bauern und Arbeitern, sagen wir, daß wir alles tun werden, was in unserer Möglichkeit steht, um alle ihre Anstrengungen zu ermuntern, zu fördern und zu unterstützen «zur Schaffung und Entwicklung eigener Basisorganisationen, in der Forderung nach und in der Konsolidierung von Rechten sowie in der Suche nach wirklicher Gerechtigkeit».

Wir klagen die Mängel unseres Justizsystems an, insbesondere die Langsamkeit der Justizverfahren und die unmenschlichen Zustände in der Mehrzahl der Gefängnisse.

Die Lage der Hausangestellten in den privaten Haushalten im Land sichert nicht die menschliche Würde ihrer Arbeit und hält sie in einem Zustand der Knechtschaft. Wir verlangen eine geeignete Gesetzgebung, die ihre Rechte verteidigt bezüglich der Lebensbedingungen, der Arbeitsstunden, der sozialen Versicherung, des Urlaubs und der Altersversorgung.

Als Verantwortliche für dieses Volk Gottes fordern wir, die Bischöfe, **von allen Erziehungsinstitutionen der Kirche** — Schulen, Oberschulen, Seminaren, Universitäten — **daß man in ihnen erzieht mit einem «gesunden, kritischen Sinn für die sozialen Zustände und daß man die Berufung zum Dienen fördert».**

In unseren Diözesen werden wir «energisch den Mißbrauch und die ungerechten Folgen der übermäßigen Ungleichheit zwischen Reichen und Armen, zwischen Mächtigen und Ohnmächtigen anklagen, und wir werden dieser Anklage — wenn nötig — konkrete Solidaritätsmaßnahmen für die Armen und Unterdrückten folgen lassen.

Ein noch wirksamerer Dienst für die Welt zwingt uns zur Prüfung der Bedeutung aller unserer sozialen, fürsorglichen, medizinischen und erzieherischen Institutionen. Eine solche Studie, mit der wir Spezialisten beauftragen werden, wird uns zu entdecken erlauben, inwieweit diese Institutionen zum jetzigen Zeitpunkt wirksam sind. Dieses Vorhaben müßte eine der ersten Sorgen der bischöflichen Kommission für Soziale Aktion werden.

Den Priestern, den Ordensleuten und Laien, die sich für die Armen im Prozeß der Befreiung unseres Landes einsetzen, «drücken wir unseren Wunsch aus, ihnen stets nahe zu stehen, damit sie unsere Unterstützung spüren und wissen, daß wir keinen Stimmen unser Ohr schenken werden, die Interesse an der Diffamierung ihrer Tätigkeit haben».

Die peruanischen Bischöfe können nicht indifferent bleiben gegenüber den enormen sozialen Ungerechtigkeiten, die in unserem Lande herrschen, und gegenüber dem Zustand der Armut und der Unterentwicklung, die daraus folgen. Treu dem Mandat Christi, der, «obwohl er reich war, sich zum Armen machte», um das Heil und die Befreiung für die Armen zu bringen, muß die Kirche die evangelische Armut leben, dergestalt, daß sie in unserem Land ein authentisches «Zeichen der unschätzbaren Werte des Armen in den Augen Gottes, eine Verpflichtung der Solidarität mit den Leidenden» wird.

Diese Berufung der evangelischen Armut muß uns alle, nicht nur den Episkopat, sondern das gesamte Volk Gottes, die Bischöfe, den Klerus, die Ordensleute und die Laien, zu einer Revision der Haltungen und Verpflichtungen auf allen Ebenen führen, sowie zu einer loyalen Suche nach neuen Lebensformen, nach Präsenz und Tätigkeit in Übereinstimmung mit dem Ruf des Herrn in dieser besonderen historischen Lage unseres Landes.

Pastorale Richtlinien

Die bischöfliche Versammlung beschließt:

Es als eine unabweisbare Pflicht betrachten, eine Revision aller Immobilien, Besitztümer und Werte der Diözesen, der religiösen Gemeinschaften und der kirchlichen Institutionen durchzuführen mit dem Zweck, sie insgesamt in ihrer Totalität zu erfassen, ihre Nützlichkeit zu überprüfen und sie zu orientieren in Richtung der evangelischen Armut und des Dienstes.

Sie nimmt diesen Beschluß an, begründet durch:

Einen Wunsch, den sie mit vielen religiösen Gemeinschaften, Priestern und Laien teilt, **authentischer nach dem Evangelium zu leben, als Ausdruck einer größeren seelischen Freiheit und als Entschluß, diese Güter in den Dienst der Gemeinschaft zu stellen;**

— Das Gegenzeugnis, das die sogenannten «Reichtümer der Kirche» in ihrer Gesamtheit den normalen Menschen durch ihren Anstrich der Macht und des kirchlichen Reichtums geben.

Es soll die Sorge der gesamten kirchlichen Gemeinschaft sein, Formen zu finden, um «das steuerliche System zu überwinden und es zu ersetzen durch andere Formen der wirtschaftlichen Mitarbeit, die nicht mehr mit der Erteilung der Sakramente verbunden sind»; dabei muß zurückgegriffen werden auf die Beratung kompetenter Fachleute mit Unterstützung des jeweiligen Diözesanbischofs.

Um Mißverständnisse und Kritiken bezüglich der übertriebenen Geheimhaltung bei den wirtschaftlichen Fragen der Diözesen, Pfarreien, Oberschulen, religiösen Gemeinschaften **zu vermeiden, müssen wir der**

Öffentlichkeit unsere Haushaltpläne und Jahresbilanzen genauso mitteilen, wie die staatlichen und ähnliche Institutionen es tun. Es ist ebenfalls nötig, kompetente Laien an der Verwaltung des Besitzes der Kirche zu beteiligen, da die Laien Teil der kirchlichen Gemeinschaft sind.

Die Formen der internen und externen Hilfe, die man für die Werke der Kirche erhält, müssen revidiert werden, um zu vermeiden, daß diese Hilfen die Kirche mit den herrschenden Klassen verbinden und gleichzeitig Bedürfnisse schaffen, die nicht mit den Möglichkeiten des Landes und der lokalen christlichen Gemeinschaften übereinstimmen.

Im Wissen um den Zustand der Unterentwicklung, in dem die Mehrzahl des Volkes Gottes in unserem Land lebt, sind wir fest überzeugt, daß **der Bau von Kirchen, Häusern und Institutionen der Kirche funktional sein und sich inspirieren lassen, muß durch den Geist der Armut, den die gegenwärtige Zeit verlangt.**

Die kirchlichen Schulen müssen zum Einsatz für die Befreiung des Menschen erziehen und müssen darum besorgt sein, keinen Klassengeist zu fördern, sondern sich innerhalb der Erfordernisse einer authentischen Demokratisierung der Erziehung zu entwickeln. «Die Erziehung ist dazu berufen, eine Antwort auf die Herausforderung der Gegenwart und der Zukunft zu geben; ... nur so wird sie in der Lage sein, unsere Menschen von den kulturellen, sozialen, ökonomischen und politischen Knechtschaften zu befreien, die unserer Entwicklung im Wege stehen.

Um ein Zeugnis der Einfachheit zu geben, muß jegliche Form der Bevorzugung, der Erteilung von Titeln und der Befreiung von Pflichten vermieden werden und gleichzeitig ein bescheidenes und jedermann verständliches Leben geführt werden.

Als Christen müssen wir alle «unser Bewußtsein schärfen bezüglich der Solidaritätspflicht mit den Armen, zu der uns unsere Liebe führt. Diese Solidarität muß bedeuten, daß wir ihre Probleme und Kämpfe zu den unseren machen, daß wir es lernen, für sie zu reden. Sie muß konkrete Formen annehmen in der Anprangerung der Ungerechtigkeit und der Unterdrückung, im Kampf gegen die unerträglichen Zustände, die die Armen so oft ertragen müssen».

Die Bildung eines authentischen Laiensystems innerhalb der Arbeiter- und Bauernklasse muß gefördert werden, damit die Kirche ein geeignetes Zeichen innerhalb der Arbeitswelt sein kann. Dieses Laientum muß integriert werden in die pastoralen Räte.

«Wir ermuntern alle diejenigen, die sich berufen fühlen, das Schicksal der Armen zu teilen, mit ihnen zu leben und manuelle Arbeit zu leisten, entsprechend dem Dekret «Presbyterorum Ordinis» Nr. 8. Die religiösen Gemeinschaften müssen nach ihrer speziellen Berufung ein Zeugnis der Armut Christi geben. Wir ermuntern alle, die sich berufen

fühlen, aus ihren Mitgliedern kleine Gemeinschaften zu bilden, die sich wirklich in den armen Gebieten verwurzeln. ... Diese authentischen Beispiele von Selbstlosigkeit und geistiger Freiheit werden dazu führen, daß die übrigen Mitglieder des Volkes Gottes ein ähnliches Zeugnis der Armut geben. Eine aufrichtige Bekehrung muß die individualistische Mentalität ändern in eine solche des sozialen Gespürs und der Sorge für das Gemeinwohl».

Der bischöflichen Kommission für soziale Aktion muß eine Beratergruppe beigefügt werden, deren Ziel sein soll:

— die Sensibilisierung des Klerus, der Ordensleute und der Laien fortzusetzen bezüglich der gegenwärtigen Problematik der Kirche gegenüber der Befreiung der peruanischen Menschen;

— die fachlichen Studien über gewisse Aspekte des ökonomischen Lebens der Kirche zu intensivieren, insbesondere hinsichtlich der kirchlichen Besitztümer und einer gleichmäßigen Einkommensverteilung, die die Lage vieler Priester lindern soll, die unter Unsicherheit und Armut zu leiden haben;

— die Kirchenleitung in den Aufgaben zu beraten, die sich aus den Forderungen des Evangeliums angesichts der sozio-ökonomischen Probleme ergeben.

Lima, Januar 1969

Offener Brief an Bundesrat Graber

23. September 1973

Herrn Bundesrat Pierre Graber
Politisches Departement
Bundeshaus, Bern

Sehr geehrter Herr Bundesrat,

Als Schweizerin, die keiner politischen Partei angehört und die an die Möglichkeiten der Demokrate zum Schutze der Menschenrechte glaubt, frage ich Sie an, warum der Bundesrat den Militärputsch in Chile nicht verurteilt und warum die Schweizer Botschaft in Santiago geschlossen ist, selbst für Schweizer Bürger, die als Anhänger Allendes in höchster Gefahr sind. Vielmehr würde es unserem Ruf entsprechen, wenn unsere Botschaft auch für Flüchtlinge, die bei Allende Zuflucht gefunden hatten und die jetzt in ihrer Freiheit und ihrem Leben gefährdet sind, die Tore weit öffnete. Berechtigter Protest und großzügiges Asylangebot ließen 1968 bei den Ereignissen in der Tschechoslowakei nicht auf sich warten.

Es ist nicht anzunehmen, daß Sie im Zweifel sind, wo Recht und Unrecht liegen, selbst wenn von der Junta versucht wird, ihrer Tat ent-